

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
(93. - öffentliche - Sitzung am 2. Juni 2017)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Ingenieurgesetzes (NIngG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/8174](#)

Der Ausschuss ließ sich in den Inhalt des Gesetzentwurfs einführen und besprach Verfahrensfragen. Er vereinbarte, eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Dazu sollen die Kammern und Verbände angeschrieben werden, die sich im Rahmen der Verbandsbeteiligung gegenüber der Landesregierung zu dem Gesetzesvorhaben geäußert haben. Der Ausschuss beabsichtigt, die Beratung des Gesetzentwurfs am 10./11. August 2017 durchzuführen.

2. **Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung zu der Vergabeangelegenheit „Repräsentanz des Landes Niedersachsen in Chicago“**

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss der Ausschuss mit deren Stimmenmehrheit und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, sich durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über diese Vergabeangelegenheit schriftlich unterrichten zu lassen. Der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit demselben Stimmenergebnis abgelehnt.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr kündigte an, dass es dem Ausschuss im weiteren Tagesverlauf auf elektronischem Wege zu der Vergabeangelegenheit Informationen übermitteln werde, die auf einem Fragenkatalog der FDP-Fraktion an den Herrn Wirtschaftsminister basierten.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand der Planungen bezüglich der Friesenbrücke**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Es bestand Einvernehmen darüber, sich in regelmäßigen Abständen über den Fortgang der Planungen unterrichten zu lassen.

4. **Stärkung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs Niederlande-Niedersachsen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/8024](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung auf. Die Fraktion der CDU äußerte die Bereitschaft, an der Formulierung eines gemeinsam getragenen Entschließungstextes mitzuwirken. Auf Vorschlag der Fraktion der SPD kam der Ausschuss daraufhin überein, sich interfraktionell über die Inhalte eines entsprechenden Entschließungsantrags zu verständigen und für die Beratung und Beschlussfassung eine der beiden Sitzungen am 10. und 11. August 2017 vorzusehen.

5. **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2017 - 2021**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/7622](#) neu

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch einen Vertreter des Wirtschaftsministeriums entgegen.

6. **Das Lebensmittelhandwerk in Niedersachsen muss vor unnötiger Bürokratie geschützt werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/7671](#)

Der Ausschuss erörterte Grundzüge des Antrags und besprach Verfahrensfragen. Er beschloss einvernehmlich, sich durch die Landesregierung in schriftlicher Form zu dem Antragsgegenstand unterrichten zu lassen und den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung und dessen Unterausschuss „Verbraucherschutz“ um eine Stellungnahme nach § 28 Abs. 4 GO LT zu bitten.

7. **Der Landtag missbilligt das Verhalten des niedersächsischen Umweltministers**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/7674](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung auf. Er empfahl dem Plenum des Landtags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, den Antrag abzulehnen.

8. **Landesweites Fahrradmobilitätskonzept 2025**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/8022](#)

Der Ausschuss nahm die Antragsberatung auf. Die Fraktion der CDU äußerte die Bereitschaft, an der Formulierung eines gemeinsam getragenen Entschließungstextes mitzuwirken.

9. **Ende des Tempo-30-Irrsinns auf Hauptverkehrsstraßen! Keine pauschale, ideologische, sachfremde oder willkürliche Einschränkung der Leistungsfähigkeit von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/8015](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung auf. Er empfahl dem Plenum des Landtags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, den Antrag abzulehnen.

10. **Auftragsverwaltung des Bundes für Bundesstraßen sicherstellen, Mitarbeiter schützen, Landesinteressen wahren**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/8023](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung auf. Er empfahl dem Plenum des Landtags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen - bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen -, den Antrag unverändert anzunehmen. Die Fraktion der CDU stellte für den nächsten Plenarsitzungsabschnitt die Vorlage eines Änderungsantrags in Aussicht.